

**Rede von Herrn Minister Manfred Lucha MdL
anlässlich Sitzung Enquete-Kommission Krisenfeste
Gesellschaft**

anlässlich der Einladung in die Enquete-Kommission

**am 30.09.2022
in Landtag von Baden-Württemberg**

Rededauer: 30-45 Minuten

1. Botschaft

2. Botschaft

Gliederung

1. Gesundheitsversorgung
2. Instrumentarien
3. Krisenvorsorge
4. Kommunikation
5. Besondere Bevölkerungsgruppen – Zusammenhalt

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Abgeordnete,
sehr geehrte Sachverständige,
sehr geehrte Damen und Herren,

- Herzlichen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, vor Ihnen zu sprechen.
- Krisen sind unvorhersehbar – das zeigen v.a. auch die Entwicklungen der letzten Monate.
- Wer hätte Anfang des Jahres mit einem Krieg in der Ukraine gerechnet?
- Und wer im November 2019 mit einer Pandemie, die unser Leben maßgeblich über Jahre beeinflusst?
- Heute: Gelegenheit nutzen, Ihnen einen Überblick über die Corona-Pandemie und unsere Schlussfolgerungen für die Zukunft zu geben.

- Die Themen sind:
 - die Gesundheitsversorgung,
 - die Instrumentarien der Krisenbewältigung,
 - die Krisenvorsorge,
 - die Kommunikation,
 - und: der Schutz von besonders vulnerabler Bevölkerungsgruppen und damit zusammenhängend der gesellschaftliche Zusammenhalt in der Krise.
- Zu Beginn betonen:
- Oberstes Ziel der baden-württembergischen Landesregierung war von Anfang an:
- Menschenleben retten – und die Pandemie in den Griff zu bekommen.
- Natürlich lief nicht alles rund.
- Wir mussten immer wieder nachsteuern und uns selbst korrigieren.
- Auch Wissenschaftlerinnen, Virologen haben sich immer wieder neu positioniert – daran haben wir uns orientiert.
- Und es gab harte Eingriffe in Freiheitsrechte.

- Doch nicht vergessen:
- Es war eine für uns alle nie dagewesene Situation.
- Es war ein neues, unbekanntes Virus.
- Es war und ist eine Krise und Krisen kann man nicht planen; sonst würde man sie auch verhindern.
- Wir mussten schnell entscheiden:
- Zwischen der Sehnsucht nach Normalität und dem Schutz der Bedürftigen.
- Zwischen der Angst um das eigene Leben und um den Arbeitsplatz.
- Zwischen Kontaktbeschränkungen und der Gefahr zu vereinsamen.
- Alle Entscheidungen haben wir auf der Grundlage der Verfassung getroffen.
- Und gemeinsam mit zahlreichen Expertinnen und Experten aus Gesundheit und Medizin, aus Bildung und Erziehung, aus Kommunen und Wirtschaft.
- Wir haben keine Basta-Politik betrieben, sondern mit den Menschen im Land stets geredet.

- An dieser Stelle: Dank an Ärztinnen, Ärzte und Pflegekräfte, Mitarbeitenden in Gesundheitsämtern, in Supermärkten, Labors, all denen, die Tag und Nacht geschuftet haben für das Wohl von uns allen.
- Und Dank allen Menschen im Land, die sich an die Regeln gehalten haben und es immer noch tun.
- Sie alle haben dazu beigetragen, dass BW vergleichsweise gut durch die Corona-Krise gekommen ist.

1. Gesundheitsversorgung

- Ich komme zum ersten Punkt:
Gesundheitsversorgung.
- Kurzer Rückblick:
- Erste Fälle über neuartiges Coronavirus: Ende 2019 in China gemeldet.
- Nicht vorhersehbar, dass daraus eine weltweite Pandemie entsteht;
- andere SARS-Epidemien bislang auf asiatischen Raum begrenzt.
- Erste Fälle in Europa: Anfang 2020.

- Februar 2020 erste Fälle in Deutschland.
- Ausbreitung in BW schnell und flächendeckend.
- Schnell wurde klar: Herausforderungen werden groß für Arztpraxen, Kliniken, für Öffentlichen Gesundheitsdienst, für uns alle.
- Personal des Gesundheitswesens kam schnell an äußerste Belastungsgrenze – besonders auf Intensivstationen.
- Um die Infrastruktur der Krankenhäuser zu entlasten, wurden Hilfgelder bereitgestellt. Z.B.:
 - Verlängerung des Krankenhausstrukturfonds bis 2024 (2 weitere Jahre) – Landesmittel in Höhe von 240 Mio. Euro.
 - Verschiedene Rettungsschirme von Land und Bund für den Klinikalltag: Im Haushalt 2022 zusätzliche 240 Mio. Euro mit den Landeshilfen III – BW ist bundesweit führend.
 - Weitere 5 Mio. Digitalisierungsprogramm für Krankenhäuser in Abstimmung mit Kommunalen Landesverbänden.

- Landeshilfen II – Pflegeprämie im Jahr 2021 von bis zu 1.500 Euro pro Person, insgesamt ca. 12 Mio. Euro als Anerkennung der außergewöhnlichen Leistungen des Personals auf Intensivstationen.
- Zu Beginn der Pandemie strukturelle Änderungen, um den Ansturm auf die Intensivstationen abzufedern.
- Umgesetzt mit dem Kleeblatt-Prinzip:
- Strukturierte Zusammenarbeit bei Verlegung von Intensivpatientinnen und -patienten in Krankenhäuser benachbarter Bundesländer und europäischer Nachbarn.
- Auch innerhalb des Landes verstärkt überregionale Versorgung.
- Vertrauensvolle Zusammenarbeit mit sog. Cluster-Koordinatorinnen und Koordinatoren entstanden.

- Außerdem: Entwicklung des Schalenmodells zur schrittweisen Erweiterung der Behandlungskapazitäten – über Reha-Kliniken bis hin zu Hotels.
- Glücklicherweise mussten wir davon keinen Gebrauch machen.
- Herzlichen Dank an alle Beschäftigten in der Gesundheitsversorgung!
- Die haben seit Beginn der Pandemie Großartiges geleistet – und tun es immer noch.

Fazit:

- Abstimmung mit den externen Partnern beibehalten!
- Wichtig: Neues Personal gewinnen und bisheriges halten.
- Laufende Projekte:
- Ideenwettbewerb „Wiedereinstieg und Verbleib im Pflegeberuf“ für die Wiedergewinnung und Bindung von Personal.

- Aktuelle Modellprojekte an den Universitätsklinika zur Weiterbildung in der Intensivpflege Ambulante Notfallversorgung: weiter voranbringen und Sektorengrenzen überwinden.
- Generell wichtig: medizinische Versorgung sektorenübergreifend aufstellen!
- D.h.: Verzahnung von Gesundheitsversorgung mit Gesundheitsförderung, Rehabilitation, Pflege, sozialen Einrichtungen und ehrenamtlichen Strukturen.
- Ziel: nahtlose, bedarfsgerechte sowie wirtschaftliche Versorgung, die verstärkt kommunal und regional mitgestaltet wird.
- Land begleitet dies kontinuierlich durch Unterstützung in regionalen Strukturgesprächen.
- Stärkung neuer Versorgungsformen, wie z.B. Primärversorgungszentren.
- Primärversorgungszentren sind leicht zugängliche quartiersbezogene Kontaktstellen für alle mit gesundheitlichen Anliegen und Problemen.

- Sie sind besonders wichtig für Versorgung chronisch kranker und/oder multimorbider Personen.
- Primärversorgungszentren erweitern damit auch die Aktionsprogramme des Landes zur Stärkung der Hausarztversorgung.
- Vor über 10 Jahren hat Aktionsprogramm Landärzte mit diversen Akteuren auf Bundes- und Landesebene begonnen.
- Dennoch: Landesweit fehlen immer noch Allgemeinmedizinerinnen und Allgemeinmediziner.
- Von den etwa 7.000 Hausärztinnen und Hausärzten sind ca. 20% bereits im Rentenalter.
- Weitere Maßnahmen des Landes:
 - Förderprogramm Landärztinnen und Landärzte
 - Landarztquote
 - Förderung Primärversorgungszentren
 - Einrichtung neuer Studienplätze
 - Pflege im Quartier
 - Taskforce Langzeitpflege

- Wichtiges Thema: Long-Covid-Patientinnen und -Patienten.
- Einschätzung von Expertinnen und Experten:
- Derzeit entwickeln ca. 10 % der Infizierten ein Long-Covid-Syndrom.
- Kern einer Post-Covid-Rehabilitation deshalb: ein ganzheitlicher, interdisziplinärer Behandlungsansatz.
- Auch hier zeigt sich: Wir haben in BW eine innovative Gesundheitslandschaft.
- Beispiel: interdisziplinäres Long-Covid-Netzwerk Rhein-Neckar.
- Reha-Klinik Heidelberg-Königstuhl ist Mitglied in diesem Netzwerk, das maßgeblich von der Uniklinik Heidelberg geleitet wird.
- Rehaklinik Heidelberg-Königsstuhl hat sich mit Fokus auf Long/Post-Covid neu ausgerichtet.
- Bei meiner diesjährigen Sommertour vor Ort selbst ein Bild gemacht.

- Nächster Schritt: Entwicklung eines Stufenkonzepts für flächendeckende sowie sektorenübergreifende Long/Post-Covid-Versorgung (Laufzeit 18 Monate).

2. Instrumentarien

- Komme zum zweiten Themenfeld:
Instrumentarien der Krisenbewältigung.
- Drei Instrumentarien nennen.
- Das erste und wesentliche Instrument der Pandemiebekämpfung:
- Regelungen der Coronaschutzmaßnahmen.
- 68 Corona-Verordnungen der Landesregierung.
- 291 Corona-Fachverordnungen einzelner Ministerien.
- Eingriffe in die Grundrechte müssen immer sorgsam abgewogen werden.
- Diesem Anspruch sind wir stets gerecht geworden.

- Corona-Verordnungen wurden fortwährend auf ihre Verhältnismäßigkeit in Anbetracht der aktuellen Infektionslage angepasst.
- Ich weiß, dass die vielen Verordnungen bei den Bürgerinnen und Bürgern manchmal für Verwirrung gesorgt haben.
- Und ich weiß, dass manche Verordnungen sehr kurzfristig kamen.
- Doch wie gesagt:
- Die Gegebenheiten haben sich rasant verändert – manchmal täglich, sogar an einem Tag mehrmals.
- Wir mussten schnell und kurzfristig agieren und reagieren, um Menschenleben zu retten.
- Wir hatten keine Zeit zu verlieren, das Virus hat nicht auf uns gewartet.
- Und alles immer alles rechtlich sauber machen, keine Willkür – das macht Rechtsstaat aus und das ist gut so.
- Mitarbeitende im SM: Tag und Nacht, am Wochenende gearbeitet.

- Dabei:
- Jede Verordnung war grundsätzlich eng zeitlich befristet und musste durch neuen Beschluss des Kabinetts oder des verantwortlichen Ressorts verlängert werden.
- Regelmäßiger Austausch mit Interessenvertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu den bestehenden Regelungen und Erörterung der individuellen Auswirkungen.

Fazit:

- Corona-Verordnungen haben sich als Steuerungsinstrument bewährt.
- Dafür spricht auch:
- Land hat trotz etwa 600 Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof und weiteren über 90 Verfahren vor den Verwaltungsgerichten nur etwa 3 Prozent der Gerichtsprozesse verloren.

- Zweites Instrument der Krisenbewältigung:
- flächendeckendes Surveillance-System als Grundlage zur Reaktion auf künftige Gesundheitskrisen.
- Geplant: Systematisches Monitoring von Atemwegserkrankungen (SARS-CoV2, Influenza und weitere) auf
 - Häufigkeit
 - Altersverteilung
 - Vorkommen unterschiedliche Krankheitserreger.
- In Verbindung mit weiteren Informationen zu den Patientinnen und Patienten entsteht eine gute Übersicht zum Infektionsgeschehen.
- Drittes Instrumentarium: Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD).
- ÖGD ist für Vorsorge und Schutz der Bevölkerung zuständig.

- Pandemie hat uns gezeigt: Wir müssen ÖGD stärken, um im Krisenfall handlungsfähig zu bleiben.
- ÖGD wird künftig mehr Aufgaben der Gesundheitsförderung wahrnehmen, da Gesundheitsfragen in allen Lebensbereichen herausragende Rolle spielen („health in all policies“).
- Unabhängig von Corona-Pandemie:
- Aufgaben des ÖGD werden immer umfassender und komplexer, v.a. durch:
 - Auftreten neuer Infektionserkrankungen,
 - demografischer Wandel,
 - Klimawandel.
- Gut: Bund hat uns im Rahmen des „Paktes für den ÖGD“ finanziell unterstützt (3,1 Milliarden Euro für alle Bundesländer).
- Mittel sollen genutzt werden für:
 - Personalaufwuchs im ÖGD,
 - Digitalisierung im ÖGD,

- Fort-, Aus- und Weiterbildung im ÖGD sowie
 - Verbesserung der Attraktivität und des Images des ÖGD.
-
- Für Neuausrichtung des ÖGD im Allgemeinen wichtig:
 - Digitalisierung vorantreiben.
 - Hierzu entfallen auf das Land aus dem Förderprogramm Digitalisierung im Rahmen des „Paktes für den ÖGD“ zunächst 50 Millionen Euro bis 2024;
 - in einem zweiten Förderaufruf (2024-2026) voraussichtlich weitere 15 Millionen Euro.
 - Damit: ÖGD wird sich künftig schneller an neue Situationen anpassen und umgehend reagieren können.

3. Krisenvorsorge

- Komme zum dritten Punkt: Krisenvorsorge.
- Zu Beginn der Pandemie: immense Probleme bei Beschaffung von persönlicher Schutzausrüstung.
- Der Markt war überlastet – ich erinnere mich an die Bilder von chaotischen Zuständen an den Containerterminals in China.
- Krise hat gezeigt:
- Wir können uns nicht alleine auf Importe aus dem Ausland verlassen.
- Wir müssen die inländischen Produktionskapazitäten stärken.
- Wir brauchen eine Notreserve für künftige Pandemien.
- Deswegen: Wir arbeiten derzeit an einer dauerhaften Notfallreserve für Pandemiefälle.
 - Säule 1: physische Notfallreserve an Persönlichen Schutzausrüstungen.
 - Säule 2: Abschluss von Rahmenvereinbarungen für Produktionskapazitäten.

- Zur Krisenvorsorge gehört auch Impfen:
Schlüsselrolle bei Krisenbewältigung
- Eine der größten Herausforderungen – besonders 2020/2021: Organisation der Corona-Schutzimpfungen.
- In kürzester Zeit mussten wir den Großteil der Bevölkerung flächendeckend durchimpfen.
- Dies hat das System der Regelimpfungen nicht leisten können.
- BW hat mit großem Aufwand eine Infrastruktur für die Corona-Impfung aus dem Nichts auf die Beine gestellt:
- Organisation von landesweiten Impfzentren sowie Mobile Impfteams.
- Ich weiß, dass Organisation manchmal für Unmut in der Bevölkerung gesorgt hat.
- Ich weiß, dass Menschen tage- und wochenlang erfolglos versucht haben, Impftermin zu bekommen – und manchmal daran verzweifelt sind.

- Doch dabei betonen:
- Infrastruktur stand von Minute Null – ausreichend Impfstoff ließ aber auf sich warten.
- Land konnte hier nicht selbst aktiv werden:
- Bund und die EU waren dafür verantwortlich.
- Wir mussten nach Vorgaben des Bundes priorisieren.
- Auch gab es – nicht zuletzt durch sich mehrmals ändernde STIKO-Empfehlungen – Verunsicherungen bei den Impfstoffen.
- Erfreulich bei all dem: Interesse an einer Impfung war sehr hoch – die meisten Bürgerinnen und Bürger haben Vernunft und Umsicht gezeigt.
- Stand 27.09.22:
- 75,7% der Menschen erstgeimpft (Rang 10), 74,5% zweitgeimpft (Rang 12) und 61% (Rang 9) haben eine Auffrischimpfung.
- Nach der Zulassung durch EMA können nun auch die an Omikron angepassten Impfstoffe verimpft werden.

Fazit:

- Ziel: gutes und unkompliziertes Impfangebot in der Regelversorgung.
- Dazu haben wir ein kosten- und ressourcenschonendes landesweites Impfterminportal entwickelt: am 19. September gestartet.
- Alle Leistungserbringer werden berücksichtigt.
- Mit Portal: schnell und unkompliziert Termine bekommen, keine langen Wartezeiten.
- Zudem können wir ortsbezogen die Nachfrage analysieren und die Kapazitäten steuern.

4. Kommunikation

- Komme zum vierten Punkt: Thema Kommunikation.
- Corona-Pandemie: nicht nur Kommunikation innerhalb der Verwaltung hat sich verändert, besonders die Kontaktaufnahmen aus der Bevölkerung haben einen rasanten Zuwachs verzeichnet.
- Beim SM erhöhten sich die täglichen Bürgeranfragen quasi über Nacht um ein hundertfaches.
- Ähnlich ging es den anderen Ministerien, der Kommunalen Verwaltung und den Abgeordneten in den Wahlkreisen.
- Wir wissen, welche Anstrengungen notwendig waren, die berechtigten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger, zeitnah, sachlich und freundlich zu beantworten.

- SM reagierte schnell durch Aufstockung des Bürgerreferententeams und Einrichtung einer Corona-Hotline.
- Auch wurde ein spezieller Chat-Bot „COREY“ auf der Webseite der Landesregierung eingerichtet.
- Erfolg: Im November 2020 kürte ein Fachmagazin der Kommunikationsbranche die Pressestelle des SM wegen ihrer Leistungen in krisengerechter Kommunikation zum 1. Testsieger im Vergleich aller Landesgesundheitsministerien.
- Besonders betonen: Homepage „dranbleiben-bw.de“ zur Impfkampagne.
- Hier: alle wichtigen Informationen rund ums Impfen in vielen unterschiedlichen Sprachen und für viele unterschiedliche Zielgruppen.

Fazit:

- Wichtig: Die Bevölkerung muss immer alle relevanten Informationen an einem Ort finden.
- Deswegen: Zentraler Internetauftritt als Informationsplattform muss in Krisenlagen schnell eingerichtet werden.
- Bedeutung der Außenkommunikation ist extrem gewachsen.
- Wir müssen zunehmend in immer kürzeren Reaktionszeiten immer komplexere und dichtere Informationen transportieren.
- Verschiedene Zielgruppen müssen zum aktuellen Stand der Krisenbewältigung immer informiert sein (einfache Sprache, bildliche Darstellungen, Fremdsprachen).
- Gleichzeitig v.a. im digitalen Zeitalter: Falschmeldungen und „Fake News“ bekämpfen!
- Soziale Netzwerke: viele Menschen nutzen sie immer mehr als Informationsquelle.

- Wir müssen verhindern, dass falsche Informationen Angst schüren und Bevölkerung spalten.
- Herzlichen Dank allen Mitarbeitenden der Landesverwaltung, die große Geduld und Ausdauer bei dieser Mammutaufgabe bewiesen haben.

5. Besondere Bevölkerungsgruppen

- Zum Schluss: Krisenbewältigung im Zusammenhang mit besonderen Bevölkerungsgruppen.
- Letzte Woche:
- Gemeinsam mit Bertelsmann-Stiftung eine vom SM geförderte Studie zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in BW 2022 vorgestellt.
- Unsere erste Länderstudie war 2019 – Idee für Folge-Studie entstand im Frühjahr 2021.

- Wir wollten wissen:
 - Wie hat sich der Zusammenhalt weiterentwickelt?
 - Und natürlich: Welche Auswirkungen hatte die Corona-Pandemie auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt?
- Befragungszeitraum war Dezember 2021 und Januar 2022 – also mitten in der Pandemie.
- Ich bin froh, dass wir die Studie gefördert haben.
- Denn sie zeigt uns, wo die inneren Strukturen unserer Gesellschaft unter einer ihrer größten Belastungsproben schwächeln;
- und sie gibt Rückschlüsse:
- Was müssen wir tun, um Gesellschaft krisenfester zu machen und den Zusammenhalt nachhaltig zu fördern?

- **Ergebnis:**
- Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist in nahezu allen Dimensionen flächendeckend in ganz BW zurückgegangen:
 - psychoemotionale Belastungen haben deutlich zugenommen;
 - sonst stabile Beziehungen, starke Verbundenheit und Einbindung in Gemeinschaften geraten ins Wanken.
- Besonders betroffen: Alleinerziehende, chronisch Kranke, Menschen mit geringerer Bildung, geringem Einkommen und ohne Job.
- Diese Bevölkerungsgruppen nehmen den Zusammenhalt weniger stark wahr.
- Dabei: Corona-Krise nicht die einzige, hinzu kommen mittlerweile der Krieg in der Ukraine und damit verbunden Energie- und Wirtschaftskrise, Inflation, steigende Preise, Insolvenzen etc.
- Und wir müssen leider damit rechnen:
- Auch in Zukunft werden weitere Krisen den Zusammenhalt in BW herausfordern.

- Um es noch pointierter zu formulieren:
- **Die Krise wird zum Normalzustand.**
- Möchte auf drei Bevölkerungsgruppen eingehen – und darstellen, wie wir sie unterstützen:
 - Familien, Frauen, Kinder und Jugendliche
 - Marginalisierte Personen (z.B. Obdachlose)
 - Bewohner in Alten- und Pflegeheimen.

Familien, Frauen, Kinder und Jugendliche:

- Auch im Bereich Familien, Frauen, Kinder und Jugendliche gezielt „spezifische Rettungsschirme“, z.B.:
- Freiwillige Soforthilfen des Landes für das Frauenhilfe- und -unterstützungssystem und mobile Beratungsteams.
- Hilfsprogramm „Hilfen für Familienferienstätten aufgrund coronabedingter Defizite“.
- Zusätzliche Mittel zur Aufrechterhaltung der Schwangerschaftsberatung unter Pandemiebedingungen.

- Unser Gesellschaftsreport „Vereinbarkeit im Stresstest – Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Erwerbstätigkeit und Rollenverteilung in Familien“ hat gezeigt:
- Mütter und Väter haben in Krisensituationen nicht die gleichen Chancen, was ihre Beschäftigungssicherheit angeht.
- Aber auch die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen kamen zu kurz.
- Mein Haus hat ein Jugendhearing mit über 200 Kindern und Jugendlichen durchgeführt, das hat gezeigt:
- Wir dürfen Kinder, Jugendliche und Familien nicht vergessen – v.a. auch in Krisensituationen.
- Wir müssen Kinder und Jugendliche stärker beteiligen, die Leistungen und Belastungen von Eltern durch Care-Arbeit besser berücksichtigen
- Wir haben Verordnungen erlassen, damit Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien auch unter Pandemiebedingungen aufrechterhalten werden können.

- Seit April 2020: Förderung der Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendbildung kontinuierlich erhöht.
- In der Task Force zur psychischen Situation von Kindern und Jugendlichen:
- zahlreiche Maßnahmen, um psychisch belastete und erkrankte Kinder und Jugendliche besser zu unterstützen (u.a.: Ausbau der ambulanten und stationären Versorgung).
- Aus Landesmitteln finanziertes Aufholprogramm STÄRKER nach Corona mit Volumen von 4,7 Mio EUR:
- Die „lessons learned“ aus der Pandemie werden auch in die Familienförderstrategie einfließen.
- Wir wollen Familienförderung in BW langfristig so gestalten, dass Familien für künftige Krisen besser aufgestellt sind;
- und wir die Probleme, die uns Pandemie aufgezeigt hat, nachhaltig angehen.

Marginalisierte Personen:

- Auch marginalisierte Personen, wie z.B. Obdachlose, haben wir ab der ersten Stunde der Pandemie unterstützt.
- Soforthilfe für Obdachlose im Frühjahr 2020:
- Kommunen, Stadt und Landkreise finanziell bei Unterbringung von Obdachlosen unterstützt.
- Insgesamt: bis April 2022 knapp 600.000 Euro an Fördergeldern bereitgestellt.

Alten- und Pflegeheime:

- Zum Thema Corona in Alten- und Pflegeeinrichtungen haben wir uns in letzten Monaten sehr intensiv im Landtag ausgetauscht.
- Festhalten lässt sich, was ich immer wieder betont habe:
- Corona-Ausbrüche in Pflegeheimen lassen sich nicht gänzlich verhindern.
- Impfungen sind neben geltenden Schutzmaßnahmen der effektivste Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner.

- Land und seine Partner vor Ort haben im Rahmen des tatsächlich und rechtlich Möglichen alles unternommen, um die Menschen in den Pflegeheimen zu impfen.
- Dabei: Die Impfung erfolgt freiwillig!
- Es kann objektive Gründe geben, die die jeweiligen Impfquoten in den Pflegeheimen erklären:
 - z.B. vorangegangene Ausbruchsgeschehen oder verschlechterter Allgemeinzustand von Bewohnerinnen und Bewohnern.
 - Und es kann subjektive – auch völlig irrationale – Gründe geben.
- Die Heimaufsicht hat keine rechtliche Kompetenz, niedrige Impfquoten in Pflegeheimen zu sanktionieren.
- Wir wollen alle das fast Unmögliche möglich machen:
- Normale Lebensverhältnisse in den Heimen mit sozialen Kontakten und gleichzeitig vollständigem Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner.

Fazit:

- Bei Krisen: immer ganzheitliche Betrachtung vornehmen und alle besonders betroffene Personengruppen verstärkt im Blick behalten.
- Schutzmaßnahmen müssen immer in Relation stehen zu den besonderen Bedürfnissen dieser Gruppen.
- Hier gibt es bereits wissenschaftliche Erkenntnisse, es kann aber auch weitere Forschung und Handlungsempfehlungen dazu geben.
- Beispielsweise durch Gesellschaftsreport „Vereinbarkeit im Stresstest – Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Erwerbstätigkeit und Rollenverteilung in Familien“:
Handlungsempfehlungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für beide Geschlechter.

- An der Umsetzung arbeiten wir gerade, z.B.:
 - Entwicklung einer ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie,
 - Vereinbarkeitsstrategie im Bereich Familie, Pflege und Beruf,
 - Laufende Projektförderung „Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Stärkung der partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit“,
 - Koalitionsvertrag der Ampelkoalition: Förderung von haushaltsnahen Dienstleistungen.

Gesamtfazit

- Der Umgang mit dem Virus ist ein lernender Prozess und wir lernen immer noch jeden Tag dazu.
- Wir können nicht genau vorhersagen, was Herbst und Winter bringen, ob evtl. eine neue Variante kommt.
- Trotz allem:
- Wir haben in der Corona-Pandemie schnell gehandelt:

- neue Strukturen, finanzielle Hilfen, personelle Aufstockung, Prämienzahlungen etc.
- Manche Prozesse laufen, z.B. die Stärkung des ÖGD.
- Dabei: resilientes Gesundheitssystem ist laufender Prozess.
- Und natürlich: Für mich sind Ergebnisse der Bertelsmann-Studie Ansporn.
- Wir müssen und wollen noch mehr dafür tun, um den Zusammenhalt im Land zu stärken;
- mehr dafür tun, damit die Menschen in BW gute Lebenschancen und Zukunftsperspektiven haben!
- Nochmal einmal allen herzlich danken:
- Personal in Kliniken, Arztpraxen, Pflegeeinrichtungen, des ÖGD, der kommunalen Verwaltungen und der Landesverwaltung.
- Ohne sie hätten wir die letzten 2,5 Jahre nicht so glimpflich überstanden.
- In meinem Ressort: immer noch sehr viele Mitarbeitende mit Pandemie befasst.

- Manche von ihnen sind heute hier, um gemeinsam mit mir Ihre Fragen zu beantworten.
- Ich habe hier richtige Fachexpertinnen und Experten dabei, die uns durch die Corona-Pandemie geführt haben.

Dank allen, freue mich auf Ihre Fragen.